

Die Identitätspolitik der FPÖ: vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus

Frölich-Steffen, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Frölich-Steffen, S. (2004). Die Identitätspolitik der FPÖ: vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33(3), 281-295. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60678>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Susanne Frölich-Steffen (München)

Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich- Patriotismus

In den Neunzigerjahren gelang es der FPÖ ihren Stimmenanteil bei Parlamentswahlen kontinuierlich zu verbessern. Der Aufstieg der Partei wurde häufig mit dem charismatischen Auftreten des neuen Parteivorsitzenden Jörg Haider erklärt. Auch die Ermüdung der WählerInnen durch die jahrzehntelange Konkordanz, das damit einhergehende Protestpotenzial bei der Bevölkerung und eine steigende Wählervolatilität dienten als Erklärung für den raschen Aufschwung der Freiheitlichen. Bislang kaum diskutiert wurde die veränderte Identitätspolitik der FPÖ seit den frühen Neunzigerjahren. Der ehemals in der Partei vorherrschende Deutschnationalismus wurde seither zur parteiinternen Subkultur und erst durch die Hinwendung zum „Österreichpatriotismus“ wurde die FPÖ für breitere Bevölkerungsschichten wählbar. Zur gleichen Zeit setzten ÖVP und SPÖ in ihrer Identitätspolitik neue Akzente. Dadurch überließen sie klassische Bereiche des Nationalbewusstseins und Nationalstolzes den Freiheitlichen, die sich seither als „die wahre österreichpatriotische Partei“ bezeichneten. Im vorliegenden Beitrag werden nach einer Einführung in die theoretische Debatte über Eigenheiten und Erfolgsfaktoren rechtspopulistischer Parteien überblicksartig die Besonderheiten der österreichischen Identität charakterisiert. Darauf aufbauend wird die Identitätspolitik der Freiheitlichen zwischen 1956 und heute beschrieben und dahingehend untersucht, ob und inwieweit das veränderte Nationsverständnis der FPÖ und die neue Identitätspolitik von ÖVP und SPÖ die Wahlerfolge der Freiheitlichen mitbestimmen. Abschließend wird der Versuch unternommen, die Wahlniederlage der FPÖ im Jahr 2002 anhand der vorab skizzierten Ergebnisse zu erklären.

*Keywords: Identitätspolitik, Rechtspopulismus, Politik der Ausgrenzung, Österreich-Patriotismus, Europäische Integration
Identity policy, right-wing populism, policy of exclusion, Austrian patriotism, European integration*

1. Einleitung

Ende der Neunzigerjahre wurde Europa von einer Welle überraschender Wahlerfolge sogenannter rechtspopulistischer Parteien erfasst. Mit dem Aufstieg jener Bewegungen in Dänemark, den Niederlanden, der Schweiz, Italien, Ungarn und Österreich, denen das Etikett „rechtspopulistisch“ angeheftet wurde, setzte eine neuerliche Diskussion über die Faktoren ein, die ihren Erfolg ausmachten. Gemeinhin werden solche Parteien als rechtspopulistisch bezeichnet, die in der Bevölkerung latent oder offen vorhandene Ressentiments gegen tatsäch-

liche oder vermeintliche, vor allem gesellschaftliche, Veränderungen aufgreifen und erfolgreich mobilisieren. Sie erklären sich zu Fürsprechern des „einfachen Mannes“, konstruieren oder verstärken eine Frontstellung zwischen der „schweigenden Mehrheit“ und den jeweiligen MachthaberInnen und berufen sich auf einen hypothetischen Volkswillen, den sie mit verschiedenen Konzepten plebiszitärer Demokratie durchsetzen wollen. Sie geben sich als basisdemokratische Bewegungen oder „Anti-Partei-Parteien“ (Mudde 1996), wenngleich einige der rechtspopulistischen Organisationen streng hierarchisch strukturiert sind und an ihrer Spitze

meist charismatische Führungspersönlichkeiten stehen (Betz 1998; 2002a; 2002b). Eine der zentralen Fragestellungen, die Rechtspopulisten trotz eines in der Regel unverbindlichen Parteiprogramms fast immer thematisieren, ist die Handhabung von Asyl und Einwanderung (Betz 2002b, 168). Dabei geht es stets um die „Verteidigung von (nationaler oder ethnischer) Identität gegen die Aufhebung oder verstärkte Durchlässigkeit von Grenzen“ (Pelinka 2002a, 281; vgl. auch: Rensmann 2003).

In den Achtziger- und frühen Neunzigerjahren ging man davon aus, dass Rechtspopulisten besonders dort Erfolge feiern, wo es traditionellen Parteien nicht mehr gelang, die WählerInnen an sich zu binden (Jaschke 1994; Taggart 2000). Besonders anfällig für Politik- und Parteiverdrossenheit waren konkordante Regierungssysteme, in denen die BürgerInnen nach langen Jahren großer Koalitionen die Parteiprofile kaum noch von einander unterscheiden konnten. Ein weiterer Grund, weshalb rechtspopulistische Parteien für neue WählerInnenschichten an Attraktivität gewonnen haben, ist ihr Wille, angebliche Tabus aufzubrechen. Sie suggerieren den WählerInnen, dass nur sie in der Lage und willens sind, so Jörg Haider, in Zeiten, „wo die Menschen nicht mehr ihre Meinung frei sagen dürfen und wo nur noch hinter vorgehaltener Hand die Wahrheit gesagt werden darf, bzw. jeder bestraft wird, der nicht das sagt, was die Regierung gerne hören will“,¹ das auszusprechen, was sich sonst niemand zu sagen traut. Dass diese Tabubrüche im Falle Haiders auch in wiederholten Relativierungen der NS-Vergangenheit bestanden, war der Hauptgrund dafür, dass die FPÖ ab 1986 fast eineinhalb Jahrzehnte als nicht regierungsfähig galt bzw. ihr Regierungseintritt 2000 heftige internationale Reaktionen zur Folge hatte (Pelinka 2002a).

Ihren Aufschwung verdanken rechtspopulistische Parteien auch den sozialen Veränderungen, die sich in den Achtziger- und Neunzigerjahren vollzogen haben. Denn vor allem die sogenannten ModernisierungsverliererInnen zählen zu ihrer neuen Wählerklientel (Goodwyn 1978; Canovan 1981; Kitschelt 1995; Taggart 1996; Reisigl 2002; Decker 2003).

Die Bedingungen für Wählerbewegungen waren in Österreich in den späten Achtziger- und frühen Neunzigerjahren besonders günstig. Die über fast vier Jahrzehnte unveränderten politischen Lager hatten sich zunehmend destabilisiert, die BürgerInnen waren von der großen Koalition ermüdet und von einer Reihe politischer Skandale entsetzt. Zeitgleich übernahm Jörg Haider die Macht in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Er versprach den WählerInnen, die verkrusteten Strukturen der Zweiten Republik aufzubrechen. Haiders Anti-Elitarismus, seine vermeintliche Volksnähe und die harsche Kritik an den tradierten politischen Verhältnissen trugen ihm seine ersten Erfolge ein (Morass/Rieschenböck 1987). Dabei gelang es der freiheitlichen Partei, vor allem unzufriedene WählerInnenschichten der ÖVP anzusprechen: Diese hatte bereits vor der Nationalratswahl 1986 ihren zuvor erarbeiteten Oppositionsbonus verloren und vermochte sich anschließend als Juniorpartner der großen Koalition nur unzureichend im Sinne einer konservativen „Wende“ zu profilieren. In den Neunzigerjahren gelang es der FPÖ, auch in die Wählerklientel der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) einzudringen (Hofinger 2000; Ulram 2001).²

Ende der Neunzigerjahre zeigte sich schließlich, dass auch der Prozess der Globalisierung, die zunehmende kulturelle Heterogenität und die Auflösung identitätsstiftender politischer und gesellschaftlicher Strukturen bei breiten Wähler-schichten ein Klima der Verunsicherung geschaffen hatten, von dem die FPÖ und andere rechtspopulistische Parteien in Europa erheblich profitierten (Stokes 2001).³ Die zunehmenden Ängste der BürgerInnen angesichts dieser Prozesse schlugen sich in einem Ruf nach gesellschaftlicher Rückbesinnung auf traditionelle Werte nieder. Dazu zählte insbesondere die nationale Identität, zu deren Bewahrer sich rechtspopulistische Parteien erklärten (Ignazi 2003).⁴ Sie setzt sich aus inklusiven Bestandteilen auf der einen Seite (Wer bzw. wie sind wir) und exklusiven Merkmalen (Wer gehört nicht zu uns) andererseits zusammen. Vor allem in Krisen- oder Kriegszeiten wird Zusammengehörigkeitsgefühl zunehmend dadurch

geschaffen oder erhalten, dass sich eine Nation von anderen abgrenzt (Estel 1994). Rechtspopulistischen Parteien gelang es in den Neunzigerjahren besser als anderen gesellschaftlichen oder politischen Gruppen, Identitätsängste aufzugreifen und durch Exklusion ein Gefühl von Zusammengehörigkeit zu vermitteln (Hainsworth 1992, 11).⁵ Unter dem Deckmantel des Patriotismus verbargen sich jedoch meist nur Anti-Internationalismus, Anti-Europäismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Zustimmung zur eigenen Nation wurde nicht durch Zustimmung zu nationalen Besonderheiten manifestiert sondern beispielsweise mit der Forderung nach einer restriktiven Einwanderungspolitik untermauert. Rechtspopulisten entwarfen die Vision einer ethnisch homogenen „Volksgemeinschaft“ meist in Abgrenzung von Nachbarstaaten und als Leitbild gegen eine multikulturelle Gesellschaft, die sich in den meisten europäischen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunehmend herausgebildet hatte (Jaschke 1994, 32f.; Decker 2002). Der rechtspopulistische Nationsbegriff gründet in der Regel auf der gemeinsamen Sprache, Religion, Kultur, Abstammung bzw. Geschichte (Hainsworth 1992, 9), und die Identitätspolitik rechtspopulistischer bzw. nationalpopulistischer (Bauböck 2002) Parteien⁶ ist meist von einer patriotischen Inszenierung einerseits und Xenophobie andererseits gekennzeichnet. Hans-Georg Betz (2002b) ist der Ansicht, dass die Beschleunigung der durch die Globalisierung hervorgerufenen Individualisierungsprozesse einen der wesentlichen Erfolgsfaktoren für rechtspopulistische Parteien darstellt. Dem Rechtspopulismus gelang es mit seiner exklusiven Identitätspolitik, neu aufkommende Ängste zu kanalisieren und dem/r WählerIn durch die Betonung des Nationalen ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln (Loch 2001, 481). In Zeiten des zunehmenden Steuerungsverlusts von Nationalstaaten wurde durch die exklusive Ausrichtung der eigenen „Wir“-Gruppe gegen andere Gruppen „der Anschein eines neuen „Kontrollgewinns“ suggeriert“ (Heitmeyer 2001, 528). Vor allem die sogenannten ModernisierungsverliererInnen, die sich von einer Rückübertragung politischer Entscheidungskom-

petenzen auf den Nationalstaat eine Verbesserung ihrer Lage erhoffen, werden auf diesem Weg angesprochen (Reisigl 2002).

Auch die Europäische Integration stellt für viele EuropäerInnen einen Prozess dar, der als Verlust an nationaler Souveränität erfahren wird und die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen verringert. Demzufolge erhöht auch die zunehmende Vergemeinschaftung in Europa die Attraktivität populistischer Losungen für viele WählerInnen. Der Erfolg und Misserfolg rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen lässt sich heute längst nicht mehr allein mit sozioökonomischen Gründen erklären. Er ist vielfach auch mit dem Aufgreifen latenter Ängste in der Bevölkerung verbunden.

Auch Aufstieg und Fall der FPÖ stehen, ungeachtet anderer maßgeblicher Faktoren, die im politischen System und der Parteienlandschaft begründet waren, nachweislich in diesem Zusammenhang.⁷ Um die Erfolgsgeschichte der FPÖ erklären zu können, muss deshalb auch danach gefragt werden, welches Identitätskonzept die Partei seit den Sechzigerjahren prägte und ob sich dieses in den Neunzigerjahren verändert hat. Sodann ist zu klären, ob und inwieweit der Österreich-Patriotismus der FPÖ dem bei anderen Parteien und bei der Bevölkerung vorherrschenden nationalen Selbstverständnis entsprach.

2. Die österreichische Nation – eine verspätete Nation

Ein österreichisches Nationalbewusstsein⁸ hat sich erst sehr spät und unter besonderen Vorzeichen entwickelt. Das Zugehörigkeits- bzw. Loyalitätsgefühl breiter Bevölkerungsschichten war im Habsburger Reich weitgehend ethnisch-kulturell geprägt oder mit der Dynastie verknüpft. Auch während der Ersten Republik entwickelte sich kein österreichisches Identitätsgefühl. Ein Großteil aller ÖsterreicherInnen fühlte sich vielmehr einer großdeutschen Nation zugehörig. Noch in den Fünfzigerjahren lag die Zustimmung zu einer von Deutschland unabhängigen Nation bei nur etwa 50 Prozent der Bevölkerung. Erst nach dem

Abschluss des Staatsvertrages und der Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes (1955) begann in den Sechziger- und Siebzigerjahren ein Prozess der immer stärkeren Identifikation der ÖsterreicherInnen mit ihrem Staat. In den Achtziger- und Neunzigerjahren erreichte die Zustimmung der Bevölkerung zu einem eigenständigen österreichischen Nationskonzept dann sogar Zustimmungswerte von über 90 Prozent. Im Jahr 2000 waren dann nur noch fünf Prozent aller Befragten der Ansicht, Österreich sei keine Nation (Frölich-Steffen 2003, 82 u. 105ff.). Ausdruck des stabilen Nationalbewusstseins war auch der österreichische Nationalstolz. Im Jahr 2000 etwa waren 88 Prozent der Bevölkerung stolz darauf, Österreicher zu sein (Eurobarometer 2001, 14). Dieser schnelle Identitätsbildungsprozess ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Mehrheit aller PolitikerInnen, JournalistInnen, LehrerInnen oder KünstlerInnen das neu gewonnene österreichische Selbstverständnis pflegten. Infolgedessen hatten Fragen der österreichischen Zusammengehörigkeit und des Patriotismus für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert (Plasser/Ullram 2002, 172).

Ursächlich für die schnelle Verankerung des österreichischen Nationalbewusstseins war die wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik. In ihren Gründerjahren wurde die nationale Identität vom sogenannten „Geist der Lagerstraße“ geprägt, dem Willen, nach den Gräueln des Krieges und den schrecklichen Erfahrungen in den Konzentrationslagern, die Konservative und Sozialisten gleichermaßen erlitten hatten, das Land gemeinschaftlich, über die Parteigrenzen hinweg, neu aufzubauen. Weiterer Bestandteil der nationalen Identität war die sogenannte Opferthese, die besagte, Österreich sei das erste Opfer Hitlerdeutschlands gewesen und als solches von Mitschuldvorwürfen für die Geschehnisse im Dritten Reich freizusprechen. Seit der Ära Kreisky leistete auch die Neutralität, die man als Charakteristikum österreichischer Außenpolitik ansah, einen wesentlichen Beitrag zur positiven Identifikation der BürgerInnen mit ihrem Staat. Im Gegensatz zur Ersten Republik wurde das Kleinstaatendasein nun nicht als Belastung emp-

funden, sondern akzeptiert (Bruckmüller 1996, 126). Die ÖsterreicherInnen waren außerdem stolz auf die gut funktionierende Sozialpartnerschaft, den kulturellen Reichtum des Landes und sportliche Erfolge ihrer AthletInnen (Frölich-Steffen 2003, 105ff.).

Einen wichtigen Beitrag zur Schaffung und Festigung der nationalen Identität leistete die politische Elite.⁹ Insbesondere die ÖVP und die SPÖ trugen wesentlich dazu bei, das nationale Selbstverständnis zu manifestieren. Die ÖVP begann direkt nach 1945, sich mit großer Entschlossenheit für die Idee der nationalen Eigenständigkeit einzusetzen. Ihr Patriotismus ging einher mit einer dezidierten Abkehr vom Konzept einer gesamtdeutschen Nation. Die SPÖ hingegen hatte den ausgeprägten Österreichbekenntnissen der ÖVP zunächst mit Vorbehalten gegenübergestanden, doch bereits ab Mitte der Fünfzigerjahre begann auch sie, das neu entstehende Nationalbewusstsein gezielt zu fördern. Die politische Führung machte ihren Einfluss über die Schulen und Hochschulen, über eigens dazu geschaffene Bildungsinstitutionen und vor allem über den öffentlichen Diskurs geltend. Das Zugehörigkeitsgefühl der BürgerInnen zu ihrem Staat wurde im politischen Alltag immer wieder thematisiert. Das Bekenntnis zur österreichischen Nation und ihren Besonderheiten gehörte für ÖVP und SPÖ zum verbindlichen Kanon ihrer Programme, war wesentlicher Bestandteil innen- und außenpolitischer Reden und unterlag bis auf wenige Ausnahmefälle einem Konsens, den die beiden Großparteien über vier Jahrzehnte fast uneingeschränkt aufrecht erhielten. In den Achtzigerjahren sah demzufolge eine große Mehrheit der ÖsterreicherInnen vor allem in SPÖ und ÖVP Institutionen, die „das Österreichertum“ vertreten (Reiterer 1988, 68ff.).

In den Neunzigerjahren begannen jedoch die beiden Parteien ihr Österreichverständnis zu verändern. Ausgelöst wurde der allmähliche Paradigmenwechsel vom Zusammenbruch des Ostblocks, der die Mittlerfunktion Österreichs zwischen den Blöcken obsolet machte und die „immerwährende Neutralität“ in Frage stellte. Dazu kam im Zusammenhang mit der stärkeren Vergemeinschaftung der EU die Notwendigkeit,

sich über die vorher nur auf wirtschaftlichem Gebiet faktisch bestehende Zugehörigkeit hinaus auch vertraglich an den Westen zu binden. Ein Markstein dieses Prozesses, der auch das nationale Selbstverständnis zutiefst tangierte, war Österreichs Beitritt zur EU. Fragen der nationalen Identität wurden angesichts dieser außenpolitischen Herausforderungen nun nicht mehr konsensual behandelt, ungeachtet der Tatsache, dass die österreichische Identität für die Bevölkerung einen hohen Stellenwert hatte. In Umfragen stimmten Ende der Achtzigerjahre 48 Prozent aller Befragten der Aussage „Ein Volk ohne starkes Nationalbewusstsein kann heute und auch in der Zukunft nicht überleben“ sehr und 35 Prozent teilweise zu (Reiterer 1988, 83). Auch im Zuge des Beitrittsprozesses zur EU zeigte sich, dass die Angst vor dem Verlust an nationalem Entscheidungsspielraum bei der Bevölkerung stark ausgeprägt war.¹⁰

3. Das Identitätskonzept der Freiheitlichen bis Anfang der Neunzigerjahre

Das Identitätskonzept der FPÖ war ganz im Gegensatz zu dem staatsnationalen Österreichverständnis von ÖVP und SPÖ bis in die frühen Neunzigerjahre kulturell geprägt und damit nicht mehrheitsfähig. Die FPÖ und ihre Vorgängerorganisation, der Verband der Unabhängigen (VdU), lehnten eine nationale Eigenständigkeit Österreichs ab und vertraten stattdessen unter Berufung auf Sprache, Kultur und Geschichte das Konzept einer großdeutschen Kulturgemeinschaft (Morrow 2000). Im Ausseer Programm des VdU von 1954 hieß es beispielsweise: „Österreich ist ein deutscher Staat. Seine Politik muss dem gesamten deutschen Volk dienen und darf nie gegen einen anderen deutschen Staat gerichtet sein“ (zit. in: Berchtold 1967, 488). Mit diesem Identitätsverständnis wurde der VdU schnell zur Partei der Deutschnationalen¹¹ und der sogenannten „Ehemaligen“, jener ÖsterreicherInnen, denen im Zuge der Entnazifizierung eine besondere Nähe zum Nationalsozialismus vorgeworfen worden war.

1956 ging aus dem VdU die FPÖ hervor, die sich noch stärker als Milieupartei der „Ehe-

maligen“ darstellte und die deutschnationale Programmatik des VdU beibehielt (Pelinka 1998; 2002b). Im ersten freiheitlichen Parteiprogramm von 1957 erklärte die FPÖ es zu ihrer Aufgabe, „in den deutschen Österreichern das Bewusstsein wach zu erhalten, ein Teil des deutschen Volkes mit allen sich aus dieser Zugehörigkeit ergebenden Rechten und Pflichten zu sein“ (zit. in: Lyon 1985, 35). Die Absage an eine österreichische Nation ließ sich auch daran ablesen, dass es führende freiheitliche Parteimitglieder über Jahrzehnte hinweg vermieden, das Wort „Nation“ im Zusammenhang mit der Zweiten Republik zu verwenden (Riedlsperger 1998, 31). Bis in die späten Achtzigerjahre hinein repräsentierte die FPÖ somit das so genannte Dritte, das deutschnationale Lager. Unter Parteipolitiker Norbert Steger (1979–1986) versuchte die Parteispitze, insbesondere in der Zeit der kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ zwischen 1983 und 1986, den Deutschnationalismus in den eigenen Reihen zurückzudrängen. Doch der deutschnationale Parteiflügel dominierte bereits wieder 1986 auf dem Innsbrucker Parteitag mit dem Sturz Stegers durch Jörg Haider. Die SPÖ kündigte daraufhin die Koalition auf, worauf die FPÖ auf einen harten, zunehmend populistischen Oppositionskurs umschwenkte. Haider gelang es dadurch zwar, den Stimmenanteil der FPÖ kontinuierlich zu erhöhen, durch seine radikal-oppositionelle Rhetorik und den Mangel an einer unzweideutigen Distanz zur NS-Vergangenheit bzw. zum rechtsextremen Rand innerhalb und außerhalb der FPÖ galt seine Partei jedoch als nicht regierungsfähig (Czernin 2000a; Morrow 2000; Scharsach 2000). Auch begriff die FPÖ die österreichische Nation weiterhin als Teil der deutschen „Volks- und Kulturgemeinschaft“. Bei einem Interview im August 1988 erklärte Jörg Haider beispielsweise: „Das wissen Sie ja so gut wie ich, dass die österreichische Nation eine Missgeburt gewesen ist, eine ideologische Missgeburt. Denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache.“¹²

Im Oktober 1989 übte Haider aus diesen Gründen (in Einklang mit der unter FPÖ-FunktionärInnen üblichen Sprachregelung) auch Kritik am „National“-feiertag, der seiner

Meinung in „Staatsfeiertag“ umbenannt werden sollte.¹³ Auch andere freiheitliche VordenkerInnen hielten an großdeutschen Konzepten fest. Andreas Mölzer, damals Leiter des Freiheitlichen Bildungswerks (= Parteiakademie), bezeichnete Österreich 1991 als Teil der deutschen Nation und sprach sich für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland aus (Mölzer 1991). Deutschnationales Gedankengut prägte auch einen Großteil der FPÖ-WählerInnenenschaft. 1988 erklärten in Umfragen 41 Prozent derer, die sich als FPÖ-WählerInnen bezeichneten, eine Nation zeichne sich durch „dieselbe Sprache“ aus, 15 Prozent waren der Auffassung, eine Nation sei durch „dieselbe Kultur“ charakterisiert und 14 Prozent meinten, „dieselbe Abstammung“ sei entscheidend (Reiterer 1988, 11). Diese Standpunkte waren mehr als 40 Jahre nach Kriegsende aber nur noch für einen geringen Teil der österreichischen Bevölkerung vertretbar. Vielmehr war das Bekenntnis zur Unabhängigkeit des österreichischen Staates und seiner Nation in den späten Achtzigerjahren zu einem festen und zentralen Bestandteil der politischen Kultur geworden.

Das deutschnationale Identitätskonzept der FPÖ ließ sich auch an der Ablehnung nahezu aller Bereiche, die die anderen Parteien und auch eine Mehrheit der Bevölkerung als identitätsstiftend erachteten, ablesen. Die Sozialpartnerschaft wurde über Jahrzehnte hinweg kritisiert und die Opferthese als Geschichtslüge kritisiert. Auch gegen die Neutralität bezog die FPÖ Stellung. Stattdessen favorisierte sie einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) (Frölich-Steffen 2003).

4. Europäisierung von ÖVP und SPÖ

In den Neunzigerjahren sah sich Österreich in Folge des Zusammenbruchs des Ostblocks neuen Sicherheitsbedrohungen, wie beispielsweise grenzüberschreitender Kriminalität, ökologischen Gefährdungen, Migration etc., gegenüber, die Änderungen seiner außenpolitischen Strategien erforderten. Auch wirtschaftliche und soziale Ängste nahmen seit der Öffnung des

Ostens und im Zuge der bevorstehenden Osterweiterung der EU in den Neunzigerjahren immer konkretere Formen an. Als östliche Wohlstands- und Friedensgrenze in Europa wurde das Land zum Fluchtpunkt und möglichen Eingangstor für Flüchtlinge und Einwanderungswillige aus den südöstlichen Nachbarstaaten (Pelinka 2002a, 285). Darüber hinaus entwickelte die EU eine immer größere wirtschaftliche Anziehungskraft, die für Österreich eine EU-Mitgliedschaft zunehmend attraktiver machte. Die Regierungsparteien entschieden sich aus diesen Gründen für eine Forcierung des Beitritts. Insbesondere die ÖVP entwickelte infolgedessen eine immer stärker werdende Europaorientierung, die spätestens in den Neunzigerjahren ihren bislang betonten Österreich-Patriotismus überlagerte. Ihr neues Identitätskonzept setzte vor allem auf die Zugehörigkeit des Landes zum EU-Raum. (Frölich-Steffen 2003, 209ff.). In ihrem Parteiprogramm von 1995 heißt es dazu: „Wir sind die Österreichpartei in Europa. (...) Unsere reiche und vielschichtige kulturelle Identität stellt einen wichtigen Beitrag für Europa dar. (...) Ein vereintes Europa ist die künftige Grundlage für Frieden und Sicherheit dieses Kontinentes.“¹⁴ Die nationale Identität beruhe „auf der Identifizierung der Bürger mit ihren Ländern“, jedoch könnten viele Probleme „nur noch international bewältigt werden. Unsere Mitwirkung in der Europäischen Union und in den internationalen Organisationen ist daher eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Weiterentwicklung unserer Heimat“.¹⁵

Auch die SPÖ rückte die Gemeinsamkeiten Österreichs mit Europa immer stärker in den Vordergrund. In ihrem derzeit gültigen Parteiprogramm wird die nationale Identität kaum noch thematisiert.¹⁶ Es liegt nahe, dass das europapolitische Engagement von ÖVP und SPÖ auf der Überlegung beruhte, nur so die BürgerInnen für einen EU-Beitritt gewinnen zu können. Denn die Identifikation mit Europa war bei der Bevölkerung zum damaligen Zeitpunkt nur gering ausgeprägt. Deshalb wurde das „Projekt Europa“ in Reden, bei Wahlkampfauftritten, über das Internet und in TV-Spots „beworben“, Fragen der österreichischen Identität hingegen wurden kaum noch thematisiert. Die WählerIn-

nen verloren infolgedessen das Vertrauen, dass diese den österreichischen Patriotismus noch genügend repräsentierten und verteidigten (Gingrich 2002, 86).

Hinzu kam, dass sich zwischen beiden Parteien, obwohl Koalitionspartner in der Regierung, erstmals auch Konflikte über Fragen der nationalen Identität abzeichneten. Schwerpunkt der Meinungsverschiedenheiten war die Neutralität. Für die ÖVP stellte sich nach dem EU-Beitritt zunehmend die Frage, ob Österreich nicht den Grundsatz der Neutralität aufgeben sollte oder sogar müsse. Eine baldige NATO-Mitgliedschaft sei, so Wolfgang Schüssel, die beste Gewähr für Österreichs Sicherheit (Schüssel 2000, 140). Die SPÖ hingegen hielt weiterhin an der Neutralität fest.

5. Übergang der FPÖ zur „österreichischpatriotischen Partei“¹⁷

Parallel zur stärkeren Europaorientierung von SPÖ und ÖVP revidierten die Freiheitlichen anfangs der Neunzigerjahre ihr Identitätskonzept (Bauböck 2002). Zunächst vollzog sich dieser Wandel kaum merklich, doch ab Mitte der Neunzigerjahre wurde der „Deutschtümelei“ von Jörg Haider eine Absage erteilt. Im August 1995 erklärte er:

Wir schleppen bis zu einem gewissen Grad eine deutschnationale Tradition mit, aber durch das neue Wählerpotential ist das ursprüngliche, 220.000 Wähler ausmachende Potential der FPÖ zur Minderheit geworden. Daher kann man mit Fug und Recht sagen: Eine stärkere österreich-patriotische Profilierung der FPÖ wird in der Zukunft notwendig sein.¹⁸

Diesen Erwägungen folgte auch das neue Parteiprogramm: „Der Österreichpatriotismus äußert sich als Wille zur Eigenständigkeit und Zusammengehörigkeit der Österreicher.“ Das historische und kulturelle Erbe Österreichs berechtige, so Kapitel III, zu Stolz auf die Leistungen der ÖsterreicherInnen; die Traditionen und Errungenschaften des Landes und der daraus erwachsende Patriotismus verpflichteten zu einer selbstbewussten österreichischen Poli-

tik und „zu Widerstand gegen die kulturelle Verflachung, gegen die stets stärker werdenden Bestrebungen, Traditionen zu verunglimpfen und Österreich mutwillig herabzusetzen“. Der neue Kurs manifestierte sich auch in Haiders Buch von 1997 „Jenseits von links und rechts“. Die Zweite Republik und die Neutralität werden hierin – in einem markanten Kontrast zu Haiders wenige Jahre zuvor erschienenem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ (Haider 1993) – als immerhin kluge (wenngleich teilweise unehrliche) Leistung der damaligen Politikergeneration gewürdigt, die deutschnationalen Wurzeln der Partei kommen kaum noch zur Sprache. Das veränderte Identitätskonzept erreichte seinen vorläufigen Höhepunkt im Wahlkampf zur Nationalratswahl 1999, den die FPÖ mit dem Slogan „Zwei echte Österreicher“ (gemeint waren die Kandidaten Jörg Haider und Thomas Prinzhorn) führte. Sensibilisierte ÖsterreicherInnen erkannten darin die Anspielung auf den Wahlkampf von Bundeskanzler Josef Klaus 1970, den die ÖVP damals mit dem Slogan „ein echter Österreicher“ gegenüber Bruno Kreisky profilieren wollte (Sickinger 2004, 380ff.). Mit dem neuen Österreich-Patriotismus griff die FPÖ die in der Bevölkerung zunehmend vorhandenen Ängste vor der Globalisierung auf und suggerierte, durch eine geeignete Politik könne die um sich greifende „kulturelle Verflachung“ aufgehalten werden. Mit ihrer programmatischen Absage an ihren traditionellen Deutschnationalismus, ihrer Hinwendung zum „Superpatriotismus“ (Morrow 2000, 54), aber auch weiteren Brüchen mit der Parteitradition wie der Öffnung gegenüber betont konservativen Teilen der katholischen Kirche wandte sich die FPÖ gezielt neuen Wählergruppen zu (Sickinger 2004, 379). Nachdem sich ÖVP und SPÖ seit Anfang der Neunzigerjahre mehr und mehr zu Europaparteien erklärt und die nationale Komponente ihrer Programme zurückgestellt hatten, hatten sie der FPÖ ein Wahlkampfthema überlassen, das diese nun erfolgreich für sich nutzte (Riedlsperger 1998; Gingrich 2002, 86). Die Betonung nationaler und patriotischer Werte vermittelte den WählerInnen ein Gefühl von Sicherheit in Zeiten internationaler Veränderungen. Traditionelle

ÖVP- und SPÖ-WählerInnen, die mit der Politik ihrer Parteien unzufrieden waren, sahen nun in der „österreichpatriotischen“ FPÖ eine Alternative (Pelinka 2002c, 222). Neben „enttäuschten Patrioten“ wandten sich insbesondere jene WählerInnen der FPÖ zu, die sich von der Globalisierung bedroht fühlten oder die unter den wirtschaftlichen Folgen des EU-Beitritts zu leiden hatten oder dadurch negative Konsequenzen fürchteten (Wodak/Pelinka 2002, xivff.). So konnten die Freiheitlichen ihren Stimmenanteil bei Nationalratswahlen von 9,84 Prozent im Jahr 1986 auf 18 Prozent im Jahr 1990, 22,4 Prozent im Jahr 1994 und 26,9 Prozent im Jahr 1999 verbessern. Wenngleich das neue Nationsverständnis der Freiheitlichen für die Mehrzahl ihrer WählerInnen nicht wahlentscheidend war, so stellte die Neuausrichtung in dieser Frage dennoch eine wesentliche Bedingung für ihren Wahlerfolg dar (Ullrich 2001). Dies zeigt sich auch daran, dass der Anteil der FPÖ-WählerInnen, die Österreich für eine eigene Nation hielten, zwischen 1988 und 2000 von nur 32 Prozent auf über 70 Prozent anstieg (Frölich-Steffen 2003, 108).

Der neue Österreich-Patriotismus der FPÖ hatte inhaltlich aber kaum etwas an dem Identitätskonzept der Freiheitlichen geändert. Im Gegensatz zu einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung lehnten sie nach wie vor Sozialpartnerschaft und Neutralität ab, statt sie wie ÖVP und SPÖ bis Anfang der Neunzigerjahre bzw. bis heute als wesentliche Errungenschaften der Zweiten Republik und besondere Markenzeichen ihrer Nation zu sehen. Auch dem nationalen Gedächtnis, das sich in erster Linie auf die Neugründung der Zweiten Republik konzentriert, passte die FPÖ sich nicht an (Wodak 2002).¹⁹ Der Österreich-Patriotismus artikuliert sich stattdessen fast ausschließlich als dezidierte Ablehnung einer Mitgliedschaft in der EU. Noch in den Achtzigerjahren war die FPÖ klare Befürworterin eines österreichischen Beitritts zur EG gewesen. In einem vereinten Europa hatten die Parteispitze und ihre WählerInnen höhere Durchsetzungschancen für einen vereinigten deutschen Kulturraum gesehen (Reiterer 1988, 24). Seit 1992 lehnten sie indes eine Mitgliedschaft in der EG bzw. EU ab.

Duncan Morrow (2000, 53) sieht diesen Paradigmenwechsel strategisch veranlasst, offiziell wurde die ablehnende Haltung der Partei in dieser Frage damit erklärt, dass eine Mitgliedschaft Österreichs in der EU die nationale Identität in Frage stelle. Im 1997 verabschiedeten Parteiprogramm heißt es dazu: „Eine Politik wird abgelehnt, die sich insbesondere seit dem Beitritt Österreichs zur europäischen [sic.] Union den massiven Vereinheitlichungs- und Nivellierungsbestrebungen zu Lasten der geistigen und kulturellen Substanz Österreichs anschließt.“²⁰ Auch das „Schilling-Volksbegehren“, das die Freiheitlichen gegen die Einführung des EURO initiierten, wurde unter anderem damit begründet, dass Österreich nicht auf seine nationalen Besonderheiten verzichten solle.²¹

Besonders ablehnend stand die FPÖ der EU-Osterweiterung gegenüber. Im Januar 1998 erklärte Jörg Haider: „Wir Freiheitlichen wollen die Bremser der Osterweiterung sein“ (zit. in: Czernin 2000b, 87). 1999 warb die FPÖ mit dem Standpunkt: „Ja zu Österreich heißt Nein zur Osterweiterung.“²² Denn, so Haider, durch die Osterweiterung drohe dem Land „eine weitere Überfremdung“.²³ Deshalb sollten die ÖsterreicherInnen „EU-kritisch“ und „österreich-patriotisch“ für die FPÖ stimmen (zit. in: Hickersberger/Lutter 1999, 309). Auch in ihrem derzeit gültigen 10-Punkte-Programm erklärt die FPÖ: „Wir Freiheitlichen stehen für Österreich ohne Wenn und Aber. Eine EU-Erweiterung ohne wenn und aber [sic!] kommt für uns nicht in Frage!“²⁴ Die FPÖ grenzte hier die eigene „Wir-Gruppe“ inhaltlich und sprachlich gegenüber der EU und den EU-Beitrittskandidaten ab. Immer wieder wurde im öffentlichen Diskurs zwischen dem eigenen Österreichischem und dem Anderen, nun in erster Linie Europäischen, unterschieden. Gleichzeitig wurde erklärt, dass durch eine kritische Haltung gegenüber der EU wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen seien. Der neue Österreich-Patriotismus wirkte nach außen hin wie eine programmatische Wende weg vom Deutschnationalismus, trug aber fast ausschließlich exklusive Merkmale, in Form von Anti-

Multikulturalismus, Anti-Europäismus und Anti-Ausländerpolitik (Sickinger 2004; Gärtner 2002). Damit knüpfte die FPÖ an die in der Bevölkerung vorhandenen Globalisierungsängste und xenophoben Einstellungen an und retouchierte diese als Österreich-Patriotismus.

Bei genauerer Betrachtung ging der Wandel der FPÖ zur „wahren österreichisch-patriotischen Partei“ auch nicht mit einer konsequenten Aufgabe deutschnationaler Losungen einher (Sickinger 2004, 314). Auch das Parteiprogramm liest sich in dieser Hinsicht zweideutig. Darin ist beispielsweise von einer Zugehörigkeit der Mehrheit aller ÖsterreicherInnen „zur deutschen Volksgruppe“ bzw. zur „deutschen Kulturgemeinschaft“ die Rede²⁵ (vgl. Gärtner 2002, 26). Der Österreich-Patriotismus erwies sich nach wie vor als „ethnopluralistisch unterfüttert“ (Sickinger 2004, 378). Bis zum Amtsantritt der schwarz-blauen Regierung wurden diese Widersprüchlichkeiten im freiheitlichen Identitätskonzept jedoch von den WählerInnen kaum wahrgenommen. Dies änderte sich mit dem Amtsantritt der Regierung Schüssel I.

6. Identitätspolitik von ÖVP und FPÖ seit 2000

Im Jahr 1999 erzielte die FPÖ bei den Nationalratswahlen mit 52 Mandaten und 26,9 Prozent der Wählerstimmen ihr bislang bestes Wahlergebnis. Als die Sondierungsgespräche für eine Regierungsbildung zwischen ÖVP und SPÖ scheiterten, machte es Bundespräsident Thomas Klestil zur Bedingung für seine Zustimmung zu einer schwarz-blauen Koalition, dass die beiden Parteien ihrem Regierungsprogramm eine Präambel voranstellten, in der sie sich zur Einhaltung der Menschenrechte und zur Europäischen Integration verpflichteten. Demzufolge bekräftigte die neue Regierung mit ihrem Regierungsprogramm explizit die Zugehörigkeit Österreichs zu Europa und bekannte sich uneingeschränkt zur EU.

Trotz dieser Erklärungen traten mit dem Amtsantritt der schwarz-blauen Koalition die so genannten Sanktionen der 14 EU-Partnerstaaten in Kraft, die eine diplomatische Blockade über

Österreich verhängten. Die Maßnahmen riefen in Österreich heftige Kritik hervor. Besonders ÖVP und FPÖ wiesen die Einmischung von außen scharf zurück. Die Sanktionen wurden in der Bevölkerung überwiegend als ungerecht empfunden und bewirkten so im Großen und Ganzen eine Loyalisierung mit den betroffenen Parteien. Da die Bevölkerung der FPÖ jedoch keinen „Märtyrereffekt“ zubilligte (Pelinka 2002d, 44), wurde die ÖVP als alleiniges „Opfer“ der Sanktionen angesehen (Kopeinig/Kotanko 2000).

Der ÖVP gelang es infolge der Auseinandersetzungen mit der EU erfolgreich, sich den WählerInnen als die eigentliche genuin „österreich-patriotische“ Partei zu präsentieren. Aufgrund der Sanktionen stand sie in einem klaren Konflikt mit den „EU-14“ (den übrigen Mitgliedstaaten). Zwar wurde an ihrer grundsätzlich positiven Einstellung zur Europäischen Einigung nicht gerüttelt, doch die Zeiten euphorischer Europabekennnisse waren vorübergehend beendet (Plasser/Ullram 2002, 178; Frölich-Steffen 2003, 221ff.). Diese Haltung entsprach am ehesten der Stimmungslage der Bevölkerung, die zwar mehrheitlich für die Sanktionen kein Verständnis hatte, aber dennoch die Ansicht vertrat, die Entscheidung, der EU beizutreten, sei richtig gewesen und Österreich solle weiterhin Mitglied der EU bleiben.²⁶ Die ÖVP konnte sich somit als „besonnene, regierungserfahrene und um das Ansehen Österreichs in Europa bemühte Partei (...) auf Kosten des sichtbar international völlig isolierten Koalitionspartners“ profilieren (Sickinger 2004, 395).

Der FPÖ wurde es durch das EU-kritischere Auftreten der ÖVP erheblich erschwert, sich als einzige patriotische Partei zu präsentieren. Auch zwangen sie Regierungsverantwortung und Koalitionsabsprachen, ihre bisherige Gegnerschaft zur Europäischen Integration aufzugeben und kooperativ am Einigungsprozess mitzuwirken. Für die FPÖ bedeutete dies eine programmatische Kehrtwende. Zwar wandten sich die Freiheitlichen mit aller Heftigkeit gegen die Sanktionen, doch der allgemeine Kurs des Regierungsprogramms war von einem Bekenntnis zu außenpolitischer Kontinuität, zur Europäischen Integration und auch zur EU-Oster-

weiterung geprägt: „Die Zusammenarbeit der Koalitionsparteien beruht auf einem Bekenntnis zur Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Union.“²⁷ Auch in der ersten Regierungserklärung der Koalition hatte Wolfgang Schüssel erklärt:

Österreich neu regieren heißt: Europa erweitern und die Welt mitgestalten. (...) Österreich hat jetzt wieder eine historische Chance: Die Erweiterung der Europäischen Union. (...) Die Erweiterung bringt uns sowohl ökonomische Vorteile wie auch neue gesellschaftliche und kulturelle Bereicherungen.²⁸

Unter dem Druck der innen- und außenpolitischen Aufmerksamkeit musste daher die FPÖ zumindest auf Bundesebene ihre ablehnende Haltung gegenüber der österreichischen EU-Mitgliedschaft und dem Beitritt osteuropäischer Nachbarstaaten aufgeben. Da der freiheitliche „Österreichpatriotismus“ bis dato jedoch besonders durch die Gegnerschaft der FPÖ gegenüber der EU artikuliert worden war, blieb davon nun kaum noch etwas übrig.

Das Image der FPÖ wurde zusätzlich durch Äußerungen einzelner Abgeordneter oder Landesverbände beschädigt, die sich weit vom Standpunkt der Regierung distanzieren und zur eigenen Parteispitze in Opposition gingen. Im Laufe des Jahres 2001 traten die unterschiedlichen Positionen, insbesondere in der Frage der Ostweiterung, immer offener zutage. Einerseits wirkte die FPÖ auf Bundesebene an den Verhandlungen mit der EU und mit den Beitrittskandidaten, beispielsweise über Fragen der Reaktorsicherheit, mit, andererseits initiierte sie trotz scharfer Proteste der ÖVP ein Volksbegehren zur Frage, ob Österreich gegen den Beitritt Tschechiens ein Veto einlegen solle, falls die tschechische Regierung nicht bereit sei, das Atomkraftwerk Temelin abzuschalten.²⁹ Insbesondere die EU-kritischen Aussagen des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider (der Anfang Mai 2000 den Parteivorsitz abgegeben hatte, spätestens ab 2002 aber wieder an die Parteispitze zurückdrängte) brachten die freiheitlichen Regierungsmitglieder mehrfach in Verlegenheit (Czernin 2000a; 2000b). Dies wog umso schwerer, als die Bevölkerung dem Thema EU im Wahlkampf 2002 große Beachtung

schenkte (Pallaver/Pig 2003, 64). Aufgrund der widersprüchlichen Aussagen der FPÖ konnte sie sich in Konkurrenz zur ÖVP weder als pro-europäische, verantwortlich handelnde Regierungspartei profilieren noch als anti-europäische, österreich-patriotische Partei.

Ihr Image als „österreich-patriotische“ Partei wurde zudem durch zahlreiche, deutsch-nationale, fremdenfeindliche, antisemitische oder dem Gedankengut des Nationalsozialismus nahekommende Aussagen einzelner freiheitlicher Abgeordneter beschädigt. Jörg Haiders verbale Attacken gegen den Vorsitzenden der Wiener Kultusgemeinde, Ariel Muzikant, zählten dazu (Pelinka/Wodak o.J.) ebenso wie die Erklärung Wolfgang Jungs im Mai 2002, er glaube nicht an eine österreichische Nation. Nach seiner eigenen Nationalität gefragt, sagte er, er fühle sich als Deutscher.³⁰ Auch Volksanwalt Ewald Stadler beschädigte das österreich-nationale Image der Partei, als er sich am 21. Juni 2002 offen gegen das mehrheitlich konsensuale historische Gedächtnis aussprach. Im Gegensatz zur allgemeinen Geschichtsschreibung vertrat Stadler die Auffassung, Österreich sei 1945 „angeblich von Faschismus und Tyrannei befreit“ worden. Stadler setzte die NS-Herrschaft mit der Besetzung durch die Alliierten gleich. Damit widersprach er, so SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer, dem „politisch-ethischen Grundkonsens der Zweiten Republik.“³¹

Vor diesem Hintergrund gelang es der FPÖ in den Jahren 2000 bis 2002 nicht länger, sich als österreich-patriotische Partei zu profilieren. Dazu kamen weitere schwerwiegende Mängel, die das Ansehen der FPÖ bei der Bevölkerung schwächten.³² Die häufigen Rücktritte freiheitlicher Regierungsmitglieder³³ trugen der Partei den Ruf des Dilettantismus ein, wohingegen sich die erfahrene ÖVP als routinierte Regierungspartei präsentierte. Auch die nicht enden wollenden internen Machtkämpfe zwischen Jörg Haider und der Bundes-FPÖ verringerten die Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Freiheitlichen bei ihren WählerInnen – ein Machtkampf, der schließlich im September 2002 mit dem Rücktritt der Partei- und Klubspitze sowie mit vom Koalitionspartner ÖVP daraufhin durchgesetzten Neuwahlen endete. Bei diesen

vorgezogenen Nationalratswahlen im November 2002 gelang es der FPÖ deshalb auch nicht annähernd, ihr Wahlergebnis von 1999 zu wiederholen: Mit 10,01 Prozent wurde sie knapp vor den Grünen nur noch drittstärkste Partei. Die ÖVP hingegen konnte als souveräne Kanzlerpartei ihre ehemaligen WählerInnen von der FPÖ zurückgewinnen.

Bis heute ist das identitätspolitische Konzept der FPÖ nicht kohärent. Im Europawahlkampf 2004, dessen Abschlusskundgebung als „Stunde der Patrioten“ bezeichnet wurde,³⁴ gelang beispielsweise Andreas Mölzer – der von der Parteispitze auf den „aussichtslosen“ dritten Listenplatz gereiht worden war – durch einen erfolgreichen Vorzugsstimmenwahlkampf³⁵ als einzigem FPÖ-Mandatar der Einzug ins Europaparlament. Der langjährige Weggefährte Jörg Haider führte seinen Erfolg darauf zurück, dass die „FP-Kernwähler mit nationalen Werten angesprochen“ worden seien.³⁶ Welches Nationskonzept damit jedoch gemeint war, ist unklar, schließlich steht Mölzer spätestens seit 1992 im Ruf des unverhohlenen vertretenen Deutschnationalismus (Gärtner 2002, 22f.). Noch in seinem 1991 veröffentlichten Buch „Österreich – ein deutscher Sonderfall“ (Mölzer 1991) hatte er Österreich als Teil der deutschen Nation bezeichnet und die deutsch-österreichische Vereinigung gefordert. Im Februar 1992 war er in die öffentliche Kritik geraten, als er Befürchtungen vor einer „Umvolkung“ in Deutschland und Österreich geäußert und sich damit eindeutiger NS-Diktion bedient hatte. Trotz der massiven öffentlichen Kritik, die aufgrund dieser Aussagen an Mölzer geäußert worden war, benutzte auch Johann Gudenus, Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend, im März 2004 den Begriff der „Umvolkung“, der man in Österreich rasch ein Ende setzen müsse. Den eigenen Koalitionspartner forderte er auf, nicht weiter „österreichfeindliche Forderungen nach Zuwanderung“ aufzustellen. Und im Grundsatzprogramm des Rings Freiheitlicher Jugend heißt es: „Stopp der Überfremdung“.³⁷ Äußerungen dieser Art lassen sich zweifellos als Fortsetzung der kulturellen und chauvinistischen Tradition der FPÖ sehen, die im Zuge der massiven Verengung der WählerIn-

nenschaft und zwangsläufigen Konzentration auf die eigenen „Kernschichten“ fast zwangsläufig wieder deutlicher sichtbar wird. Die Österreichbekenntnisse des Freiheitlichen Parteiprogramms wirken vor dem Hintergrund solcher Äußerungen heute mehr denn je als leere Hülle einer Identitätspolitik, die sich zwar eklektizistisch verschiedener Versatzstücke der österreichischen Identität und Geschichte bedient, aber nicht wirklich dazu steht. In direkter Konkurrenz zur ÖVP, der es nach 2000 in Folge der Sanktionen gelang, an ihre Tradition der eigentlichen „Bewahrerin des Österreichertums“ anzuknüpfen, traten die großen Widersprüchlichkeiten im freiheitlichen Identitätskonzept seit 1999 immer offener zutage.

7. Resümee

Nach dem Zerfall des Ostblocks trugen die außenpolitischen Veränderungen und der voranschreitende Globalisierungsprozess zur Verunsicherung der ÖsterreicherInnen bei. Insbesondere im Zuge des EU-Beitrittsprozesses war das Land gefordert, sein außenpolitisches Rollenkonzept neu zu definieren. Während sich die beiden Großparteien, in der Angst, die WählerInnen nicht für den aus ihrer Sicht politisch und wirtschaftlich notwendigen Beitritt gewinnen zu können, zunehmend auf Europathemen konzentrierten und dadurch ihren Österreich-Patriotismus entgegen dem steigenden Bedarf der Bevölkerung nach Sicherheit sogar zunehmend zurückdrängten, gelang es der FPÖ, sich ein Image als neue Bewahrerin der österreichischen Nation aufzubauen.

Die Identitätspolitik der FPÖ hatte fast ausschließlich exklusiven Charakter. Durch Anti-Europäismus, Anti-Internationalismus und durch fremdenfeindliche Parolen suggerierte sie ihren WählerInnen, das eigene Kollektiv gegen Bedrohungen von außen schützen zu können. Dagegen wurden andere Bestandteile der österreichischen Identität, beispielsweise die Neutralität und die Sozialpartnerschaft, in Zweifel gezogen. Auch deutschnationale Äußerungen einzelner Abgeordneter widersprachen dem Österreich-Patriotismus. Diese nachweislichen

Widersprüche im freiheitlichen Identitätskonzept wurden nach dem Regierungswechsel im Jahr 2000 noch offensichtlicher als zuvor. Dagegen gelang es der ÖVP seither, ihre Kritik an den EU-Sanktionen als patriotisches Österreichbekenntnis zu vermarkten und damit ihr Image als österreich-patriotische Partei zurückzugewinnen.

Die Entwicklung der FPÖ zwischen den späten Achtzigerjahren und heute zeigt exemplarisch, dass rechtspopulistische Parteien vor allem dort erfolgreich sind, wo es ihnen gelingt, latente Globalisierungsängste zu kanalisieren und diese mit der Frage der nationalen Identität und Souveränität zu verknüpfen. Die „Anfälligkeit gegenüber rechtspopulistischen Versuchen“ (Betz 2002b, 183) ist vor allem dann groß, wenn andere Parteien zu diesen Fragen keine Stellung beziehen. Richard Mitten argumentiert, dass der Aufstieg und Fall jener Parteien sogar in erster Linie davon abhängen wird, ob die traditionellen demokratischen Parteien in der Lage sein werden, auf die von wirtschaftlicher Globalisierung sowie von sozialen und politischen Veränderungen hervorgerufenen Ängste und Sorgen der Menschen zu reagieren (2002, 182). Auch Hans-Georg Betz (2002b, 183) prognostiziert, dass „sich die Anfälligkeit gegenüber rechtspopulistischen Versuchen kaum verringern“ dürfte, wenn die Globalisierung weiterhin eine beträchtliche Verengung des Handlungsspielraums nationaler Regierungen nach sich ziehen wird. Das österreichische Beispiel zeigt jedoch auch, dass die populistischen Parteien an der Macht sich zwischen Adaption und Opposition entscheiden müssen, und dann entweder zu Fall kommen oder aber beträchtliche Stimmenanteile an jene Parteien abtreten müssen, die sich erfolgreich neu positionieren können.

ANMERKUNGEN

- 1 Jörg Haider im Freiheitlichen Pressedienst, 26. Mai 1994, zit. in: Czernin 2000a, 115.
- 2 Siehe dazu auch den Beitrag von Ruth Picker, Brigitte Salfinger und Eva Zeglovits in diesem Heft.
- 3 Siehe dazu auch den Beitrag von Reinhard Heinisch in diesem Heft.

- 4 Cas Mudde sieht den neuen Nationalismus rechts-extremer und -populistischer Parteien als den ideologischen Kern der Parteifamilie des Rechtsextremismus (Mudde 2003, 177).
- 5 Hans-Georg Betz prägte den Begriff des „exklusiven Populismus“ (Betz 2001).
- 6 Der Begriff des Nationalpopulismus bietet sich insbesondere für die postkommunistischen Staaten an, in denen mit Rechts-Links-Schemata kaum zu arbeiten ist.
- 7 Andere, ebenfalls bedeutsame Faktoren, die zum Aufstieg und Fall der FPÖ beitragen werden in diesem Heft in einem Aufsatz von Ruth Picker, Brigitte Salfinger und Eva Zeglovits diskutiert.
- 8 Unter nationaler Identität wird das kollektive Selbstbild einer Nation verstanden. Vgl. dazu und zur Entwicklung des österreichischen Nationalbewusstseins in der Zweiten Republik ausführlich Frölich-Steffen 2003, 12ff.
- 9 Österreich entspricht dem Konzept der „imagined nation“ bzw. der konstruierten Nation (zu diesem Konzept vgl. Anderson 1988).
- 10 Vgl. beispielsweise: SWS-Telefonumfrage Nr. 49, 11.6.1992, Frage 3a oder SWS-Rundschau (1993), 33 (1), 75.
- 11 Im Folgenden wird der Begriff des Deutschnationalismus als politische Richtung verstanden, die einen kulturellen Nationsbegriff verwendet, der sich auf die Merkmale Abstammungs-, Kultur- und Sprachgemeinschaft konzentriert und staatsnationale Zugehörigkeit ablehnt.
- 12 ORF-Inlandsreport, 18. August 1988.
- 13 Der Standard, 25./26. Oktober 1989.
- 14 Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei, beschlossen am 22. April 1995 in Wien, Abschnitt 1.4, 61.
- 15 Ebd. Abschnitt 4.3 und Abschnitt 1.2, 72 und 64.
- 16 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, beschlossen am 30./31. Oktober 1998.
- 17 Jörg Haider, in: Die Presse, 21. August 1995.
- 18 Jörg Haider, in: Die Wochenpresse, 17. August 1995.
- 19 Zur besonderen Bedeutung der freiheitlichen Geschichtswahrnehmung siehe u.a.: Bauböck 2002.
- 20 Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen am 30. Oktober 1997, Kap. XV.2.
- 21 Bundesministerium für Inneres: Volksbegehren „Schilling-Volksabstimmung“, Wortlaut des Volksbegehrens, <http://www.bmi.gv.at/innenressort/>.
- 22 Jörg Haider, in: Die Welt, 19. November 1999.
- 23 Die Presse, 10. Juli 1998.
- 24 <http://www.fpoe.at/bundneu/programm/erweiterung.html>
- 25 Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs, beschlossen am 30. Oktober 1997, Kap. IV.1 u. XV.2.
- 26 SWS-Telefonumfrage A 38, 17.-25. März 2000, 5ff.
- 27 Deklaration „Verantwortung für Österreich – Zukunft im Herzen Europas“, Präambel des Regierungsprogramms von ÖVP und FPÖ, hg. vom Bundespressedienst des Bundeskanzleramts, Wien 2000.

- 28 Regierungserklärung des Bundeskanzlers Wolfgang Schäussel vom 9. Februar 2000: „Österreich neu regieren“, in: Parlamentskorrespondenz Nr. 57 der XXI. GP, 9. Februar 2000.
- 29 Bundesministerium für Inneres: „Volksbegehren Veto gegen Temelin“, Wortlaut des Volksbegehrens, <http://www.bmi.gv.at/innenressort/>; ein weiteres Beispiel für die Oppositionspolitik Jörg Haider gegen die Regierungsmannschaft wären beispielsweise Haider's Reisen in den Irak zeitgleich mit einer USA-Reise der Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer.
- 30 zit. in: Die Presse, 10. Mai 2002. Obwohl sich der Bundesvorstand der FPÖ von Jung distanzierte, stellte Jung's Erklärung den Österreich-Patriotismus der Partei neuerlich in Frage.
- 31 Die Presse, 10. Juli 2002.
- 32 Vgl. dazu ausführlicher den Aufsatz von Reinhard Heinisch in diesem Band sowie Luther 2003.
- 33 In den Jahren 2000 bis 2002 traten folgende freiheitliche MandatsträgerInnen von ihren Ämtern zurück: Michael Krüger (Justizminister), Elisabeth Sickl (Sozialministerin), Michael Schmid (Infrastrukturminister), Susanne Riess-Passer (Vizekanzlerin), Karl-Heinz-Grasser (Finanzminister) und Peter Westenthaler (FP-Generalsekretär). Mit Amtsantritt der neuen Regierung am 28. Februar 2003 schiedен Matthias Reichold (Verkehrsminister) und gemeinsam mit ihm die Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Mares Rossmann, aus. Am 20. Oktober 2003 löste Hubert Gorbach Herbert Haupt in der Funktion des Vizekanzlers ab und am 18. Juni 2004 trat Justizminister Dieter Böhm'dorfer zurück.
- 34 Die Presse, 11. Juni 2004.
- 35 Ca. jede/r siebente FPÖ-WählerIn hatte Mölzer eine Vorzugsstimme gegeben (um vorgereicht zu werden, hätte nach dem österreichischen Europawahlrecht bereits ein Anteil von 7% der Parteistimmen ausgereicht).
- 36 Die Presse, 14. Juni 2004.
- 37 Die Presse, 30. März 2004.
- Betz, Hans-Georg (2001). Exclusionary Populism in Austria, Italy and Switzerland, in: *International Journal*, 56(3), 393–420.
- Betz, Hans-Georg (2002a). Rechtspopulismus in Westeuropa: Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften*, 32(3), 251–264.
- Betz, Hans-Georg (2002b). Radikaler Rechtspopulismus im Spannungsfeld zwischen neoliberalistischen Wirtschaftskonzeptionen und antiliberaler autoritärer Ideologie, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Schattenseiten der Globalisierung*, Frankfurt, 167–185.
- Bruckmüller, Ernst (1996). *Nation Österreich: kulturelles Bewusstsein und gesellschaftlich-politische Prozesse*, Wien.
- Canovan, Margaret (1981). *Populism*, New York/London.
- Czernin, Hubertus (Hg.) (2000a). „Wofür ich mich meinetwegen entschuldige.“ Haider beim Wort genommen, Wien.
- Czernin, Hubertus (Hg.) (2000b). *Der Westentaschen-Haider*, Wien.
- Decker, Frank (2002). Konjunkturen des Populismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 47(10), 1184–1193.
- Decker, Frank (2003). Insel der Seligen? Warum deutsche Rechtspopulisten oft scheitern, in: *Internationale Politik*, 48(4), 13–22.
- Estel, Bernd (1994). Grundaspekte einer Nation, in: Bernd Estel/Tilman Mayer (Hg.): *Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften*, Opladen, 13–82.
- Eurobarometer* (2001). Bericht über die Eurobarometer-Meinungsumfrage Nr. 54, April 2001.
- Frölich-Steffen, Susanne (2003). *Die österreichische Identität im Wandel*, Wien.
- Gärnter, Reinhold (2002). The FPÖ, Foreigners, and Racism in the Haider Era, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick, 17–32.
- Gingrich, Andre (2002). A Man for All Seasons: An Anthropological Perspective on Public Representation and Cultural Politics of the Austrian Freedom Party, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick, 67–91.
- Goodwyn, Lawrence (1978). *The Populist Moment*, Oxford/London/New York.
- Haider, Jörg (1993). *Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik*, Frankfurt a. M./Berlin.
- Hainsworth, Paul (1992). Introduction. The Cutting Edge: The Extreme Right in Post-War Western Europe and the USA, in: Paul Hainsworth (Hg.): *The Extreme Right in Post-War Europe and the USA*, London, 1–28.
- Heitmeyer, Wilhelm (2001). Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Schattenseiten der*

LITERATUR

- Anderson, Benedict (1988). *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt a.M./New York.
- Bauböck, Rainer (2002). Constructing the Boundaries of the Volk: Nation-Building and National Populism in Austrian Politics, in: Ruth Wodak/Anton Pelinka (Hg.) (2002): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick, 231–254.
- Berchtold, Klaus (1967). *Österreichische Parteiprogramme 1868–1966*, München.
- Betz, Hans-Georg (1998). Rechtspopulismus: Ein internationaler Trend?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1998(9–10), 3–12.

- Globalisierung, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt, 497–537.
- Hickersberger, Michaela/Johannes Lutter* (1999). Der Europaparlamentswahlkampf 1999 aus demokratietheoretischer Perspektive, in: SWS-Rundschau, 36(4), 461–467.
- Hofinger, Christoph/Marcelo Jenny/Günther Ogris* (2000). Steter Tropfen höhlt den Stein. Wählerströme und Wählerwanderungen 1999 im Kontext der 80er und 90er Jahre, in: Fritz Plasser/Peter Ulram/Franz Sommer (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 117–140.
- Ignazi, Piero* (2003). Extreme Right-Wing Parties in Western Europe, Oxford.
- Jaschke, Hans-Gerd* (1994). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Opladen.
- Kitschelt, Herbert* (1995). The Radical Right in Western Europe, Ann Arbor.
- Kopeinig, Margaretha/Christoph Kotanko* (2000). Eine europäische Affäre. Der Weisenbericht und die Sanktionen gegen Österreich, Wien.
- Loch, Dietmar* (2001). Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: „Geschlossen“ gegen die „offene Gesellschaft“, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt, 463–497.
- Luther, Kurt Richard* (2003). The self-destruction of a Right-wing Populist Party. The Austrian Parliamentary Election of 2002, in: West European Politics, 26(2), 136–152.
- Lyon, Dirk/Joseph Marko/Eduard Staudinger/Franz Christian Weber* (1985). Österreich – >bewusst< sein – bewusst Österreicher sein? Materialien zur Entwicklung des Österreichbewusstseins seit 1945, Wien.
- Mitten, Richard* (2002). Austria all Black and Blue: Jörg Haider, the European Sanctions, and the Political Crisis in Austria, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick, 179–212.
- Mölzer, Andreas* (1991). Und wo bleibt Österreich? Die Alpenrepublik zwischen deutscher Einigung und europäischem Zusammenschluss. Eine Zwischenbilanz, Berg.
- Morass, Michael/Helmut Reischenböck* (1987). Parteien und Populismus in Österreich, in: Anton Pelinka (Hg.): Populismus in Österreich, Wien, 36–59.
- Morrow, Duncan* (2000). Jörg Haider and the new FPÖ: beyond the democratic pale?, in: Paul Hainsworth (Hg.): The Politics of the Extreme Right. From the margins to the mainstream, London/New York, 33–63.
- Mudde, Cas* (1996). The Paradox of the Anti-Party, in: Party Politics, 2(2), 265–276.
- Mudde, Cas* (2003). The Ideology of the Extreme Right, Manchester.
- Pallaver, Günther/Clemens Pig* (2003). Medienzentrierter Wahlkampf: Themen und Kandidaten in der Wahlkampfberichterstattung 2002, in: Fritz Plasser/Peter Ulram (2003) (Hg.): Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002, Wien, 55–98.
- Pelinka, Anton* (1998). Austria. Out of the Shadow of the Past, Boulder.
- Pelinka, Anton* (2002a). Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung. Zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, 31(3), 281–290.
- Pelinka, Anton* (2002b). Die FPÖ im internationalen Vergleich. Zwischen Rechtspopulismus, Deutschnationalismus und Österreich-Patriotismus, in: conflict & communication online, <http://www.cco.regener-online.de>, 1(1).
- Pelinka, Anton* (2002c). The FPÖ in the European Context, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): The Haider Phenomenon in Austria, New Brunswick, 213–230.
- Pelinka, Anton* (2002d). Österreich und Europa. Wie „westlich“ ist die österreichische Demokratie? Die „EU-Sanktionen“ aus politikwissenschaftlicher Sicht, in: Waldemar Hummer/Anton Pelinka (Hg.): Österreich unter EU-Quarantäne. Die „Maßnahmen der 14“ gegen die österreichische Bundesregierung aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht. Chronologie, Kommentar, Dokumentation, Wien, 23–48.
- Pelinka, Anton/Ruth Wodak* (Hg.) (o. J.) [2002]. „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung, Wien.
- Plasser, Fritz/Peter A. Ulram* (2002). Das österreichische Politikverständnis. Von der Konsens- zur Konfliktkultur?, Wien.
- Reisigl, Martin* (2002). Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und angst und bange machen, in: Wolfgang Eismann (Hg.): Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien, 149–198.
- Reiterer, Albert* (Hg.) (1988). Nation und Nationalbewusstsein in Österreich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, Wien.
- Rensmann, Lars* (2003). The New Politics of Prejudice: Comparative Perspectives on Extreme Right Parties in European Democracies, in: German Politics & Society, 21, 93–123.
- Riedlsperger, Max* (1998). The Freedom Party of Austria: From Protest to Radical Right Populism, in: Hans-Georg Betz/Stefan Immerfall (Hg.): The New Politics of the Right. Neo-Populist Parties and Movements in Established Democracies, New York, 27–41.
- Scharsach, Hans-Henning* (Hg.) (2000). Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek.
- Schüssel, Wolfgang* (2000). Maximale Sicherheit für Österreich, in: Michael Strohmayer/Günter Lutzenberger (Hg.): Neutralität oder Verteidigungsbündnis: Rechtsexperten und Spitzenpolitiker über die sicherheitspolitische Zukunft Österreichs, Innsbruck/Wien/München, 137–140.
- Sickinginger, Hubert* (2004). Jörg Haider, in: Österreichische und jüdische Identität. Projektbericht des Pro-

- jekts Nr. 9934 des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank unter der Leitung von Anton Pelinka, Wien, 310–426.
- Stokes, Bruce (2001). Globalisierung in der öffentliche Meinung, in: *Internationale Politik*, 56(7), 19–26.
- Taggart, Paul (1996). *The New Populism and the New Politics: New Protest Parties in Sweden in a Comparative Perspective*, Basingstoke.
- Taggart, Paul (2000). *Populism*, Buckingham.
- Ullram, Peter A. (2001). Sozialprofil und Wahlmotive der FPÖ-Wähler: Zur Modernität des Rechtspopulismus am Beispiel des Phänomens Haider, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hg.): *Schatten-seiten der Globalisierung*, Frankfurt, 206–227.
- Wodak, Ruth (2002). *Discourse and Politics: The Rhetoric of Exclusion*, in: Anton Pelinka/Ruth Wodak (Hg.): *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick, 33–60.
- Wodak, Ruth/Anton Pelinka (Hg.) (2002). *The Haider Phenomenon in Austria*, New Brunswick.

AUTORIN

Susanne FRÖLICH-STEFFEN, geboren 1973 in München, aufgewachsen in München und Wien. Studium der Politikwissenschaften, der Neueren Geschichte und der Neueren Deutschen Literaturwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München 1993 – 1998. Promotion 1999 – 2002. Seit 2001 wissenschaftliche Assistentin am Geschwister-Scholl-Institut der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität.

Kontakt: Herzog-Welf-Str. 60, D – 85604 Zorneding
E-mail: susanne.froelich-steffen@lrz.uni-muenchen.de